Antrag 08/01/2025 **ANGENOMMEN**
Abteilungen 71, 72, 76 sowie
AG Migration und Vielfalt
Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf möge beschließen:

Konsequente Umsetzung des Gesetzes zur Förderung der Partizipation in der Migrationsgesellschaft (PartMigG) in Charlottenburg-Wilmersdorf
Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bezirksamtes Charlottenburg-Wilmersdorf und der Bezirksverordnetenversammlung Charlottenburg-Wilmersdorf mögen sich dafür einsetzen, dass die Vorschriften des Gesetzes zur Förderung der Partizipation in der Migrationsgesellschaft (PartMigG) in Charlottenburg-Wilmersdorf umgesetzt werden.

Darunter insbesondere folgende:
1. Wiederaufbau der Stellen im Integrationsbüro Charlottenburg-
Wilmersdorf zur Stärkung der Kapazitäten des Bezirksamtes bei der Umsetzung von Maßnahmen zur Berücksichtigung migrationsgesellschaftlicher Belange (§ 5 PartMigG), zur Stärkung der migrationsgesellschaftlichen Kompetenz innerhalb des Bezirksamtes Charlottenburg-Wilmersdorf (§ 6 PartMigG) sowie zur gezielten Förderung der Beschäftigung von Menschen mit Migrationsgeschichte in der Bezirksverwaltung (§§ 7 ff. PartMigG)
2. Förderung einer Kultur der Wertschätzung von Vielfalt für Menschen mit
Migrationsgeschichte innerhalb der Bezirksverwaltung im Sinne von § 5 Abs. 5 PartMigG i.V.m. § 11 LADG
3. Frühzeitige Beteiligung des Bezirksbeirates für Partizipation und Integration bei Vorhaben, Maßnahmen und Programmen des Bezirksamtes im Sinne von § 19 Abs. 1 S. 2 PartMigG und
Bereitstellung eines jährlichen Budgets für den Bezirksbeirat i.H.v. 5.000 € im Bezirkshaushaltsplan
4. Quartalsweise Einladung des Bezirksbeirates für Partizipation und Integration in die
Sitzung des Ausschusses für Partizipation und Integration der Bezirksverordnetenversammlung Charlottenburg-Wilmersdorf zur Berichterstattung über die Lage von Menschen mit Migrationsgeschichte und die Arbeit des Beirates in Charlottenburg-Wilmersdorf im Rahmen von § 19 Abs. 1 S. 3 PartMigG
5. Wahrnehmung des Sitzes des Bezirksamtes im Bezirksbeirat für
Partizipation und Integration im Sinne von § 19 Abs. 3 PartMigG
6. Einrichtung einer Vollzeitstelle als Geschäftsstelle des
Bezirksbeirates für Partizipation und Integration beim Integrationsbüro Charlottenburg-Wilmersdorf in Umsetzung von § 19 Abs. 6 PartMigG
7. Evaluation der Umsetzung des Gesetzes durch Konsultation des
Bezirksbeirates für Partizipation und Integration von Charlottenburg-Wilmersdorf zur Feststellung von Änderungsbedarfen am PartMigG (Bezirksbeauftragter nach § 16 PartMigG ist teil des Bezirksbeirates)

Begründung:
Die oben genannten Forderungen ergeben sich aus den Bestimmungen des Gesetzes zur Förderung der Partizipation in der Migrationsgesellschaft (PartMigG). Zum derzeitigen Zeitpunkt erlaubt sich das Bezirksamt fortlaufend gegen das Gesetz zu verstoßen und die Belange von Menschen mit Migrationsgeschichte an zweite Reihe zu stellen. Die SPD sollte sich mit Priorität für die im Bezirk lebenden und wirkenden Menschen mit Migrationsgeschichte einsetzen und die sich aus dem Gesetz ableitenden Rechtsansprüche durchsetzen.